



Rede

KONGRESS NATIONALE INDUSTRIESTRATEGIE

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender
der IG Metall

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister Altmaier,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die Einladung zum heutigen Kongress, der - so bin ich überzeugt - zum richtigen Zeitpunkt einen notwendigen Impuls zur wirtschafts- und industriepolitischen Strategie setzen kann.

In den nächsten Jahren entscheidet sich in einer Reihe von industriellen Schlüsselbereichen, ob und welche Rolle deutsche Unternehmen, Regionen und damit auch Beschäftigte bei der Wertschöpfung des 21. Jahrhunderts spielen werden. Die Vorlage der „Leitlinien zur industriepolitischen Strategie“ passt daher in die Zeit und zu den Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind.

Die Summe betriebswirtschaftlicher Einzelentscheidungen, das stellen die „Leitlinien“ zu Recht fest, reicht eben nicht aus, um globale Kräfte- und Wohlstandsverschiebungen auszugleichen.

Das Primat der Politik in einer Demokratie ist der notwendige Schlüssel für einen gelingenden Umbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft für eine digitale, klimafreundliche Zukunft in einer globalisierten Welt.

Moderne Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert kann und sollte klug intervenieren, wenn es um den Aufbau von Schlüsselkompetenzen für die Wertschöpfung der nächsten Jahrzehnte geht. Das gilt für digitale Infrastrukturen und Künstliche Intelligenz ebenso wie für die Kernkompetenzen der Mobilitäts- und Energiewende, also Batteriezellfertigung, automatisiertes Fahren, Bahn- und Schienentechnologien oder erneuerbare Energien. Marktradikaler Dogmatismus kann uns da schnell in die Sackgasse führen.

Ziel muss sein, die gesamte Wertschöpfungskette weiter in Europa darstellen zu können - auch als Basis eines starken Industrieanteils in der Zukunft. Auch in diesem Punkt kann ich die „Leitlinien“ nur unterstreichen.

Dies verlangt auch eine Reform des europäischen Wettbewerbsrechts: Es kann nicht sein, dass in global organisierten Märkten die Bildung schlagkräftiger, global agierender Zusammenschlüsse europäischer Unternehmen verhindert wird. Diese wären notwendig, um die notwendigen Skaleneffekte zu erreichen, wie sie etwa chinesische Wettbewerber haben.

Und dies verlangt, dass es europäische Alternativen etwa bei der digitalen Infrastruktur gibt. Wollen wir die Prinzipien, wie wir sie in der Industrieplattform 4.0 formulieren - Datensouveränität, Datensicherheit, freier Zugang aller Marktteilnehmer in das digitale Ökosystem und Interoperabilität - erreichen, braucht es europäische Alternativen zu den Hyperscalern von Amazon, Facebook und Microsoft. Hier ist Politik gefordert, Impulse zu setzen.

Was ich nicht nachvollziehen kann, ist das Klagen, hier sollten Großunternehmen gefördert werden. Die digitale Infrastruktur braucht notwendigerweise eine solche Skalierung, die jenseits des Investitionsvolumens jedes Mittelständlers ist. Das gute Miteinander, das die Stärke der deutschen Industrie ausmacht, die Verflechtung von KMUs und Großindustrie, muss auch in den neuen Geschäftsfeldern der digitalen Arbeitswelt eine Chance haben. Ähnliches gilt für weitere Schlüsselthemen, etwa die Batteriezellenfertigung als wesentlicher Enabler einer gelingenden Mobilitätswende.

Hier möchte ich kritisch anmerken: Bei den Themen einer gelingenden Mobilitäts- und Energiewende werden die Leitlinien etwas einsilbig. Gerade hier sind aber staatliches Handeln und Rahmensetzung entscheidend.

Es bestehen massive private und öffentliche Investitionsbedarfe: von der Ladeinfrastruktur über Schienenwege und den weiteren Ausbau der erneuerbaren

Energien bis hin zu modernen Gaskraftwerken, Speichern und intelligenten Netzen. Hierzu braucht es Transparenz, Regulation und öffentliche Investitionen.

Die IG Metall erstellt gerade einen Transformationsatlas der Betriebe. Auf Basis der bis heute vorliegenden ca. 2000 Betriebe kann ich nur sagen: Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen ist eine klug koordinierte Industriepolitik mit einer klar erkennbaren Orientierung als Planungsumfeld wichtig. Sonst ist bei nicht wenigen, etwa bei Zulieferern der Automobilindustrie, angesichts der dramatischen und schnellen Veränderung der Geschäftsmodelle ein Scheitern zu befürchten - mit den negativen Wirkungen auf Arbeitsplätze und regionale Wirtschaftsstrukturen.

Hier ist ein weiterer Punkt, den ich in den Leitsätzen vermisste: Die Veränderungen der Wertschöpfungsketten führt zu durchaus massiven regionalen Disparitäten mit Folgen für die örtliche Wirtschaftsstruktur. Wir brauchen eine proaktive regionale Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, wenn wir verhindern wollen, dass etwa dort, wo wir eine starke Zulieferindustrie für den Verbrenner haben, industrielle Wüsten entstehen. Gerade hier wäre auch eine Reform des Beihilferechts wünschenswert.

Was wir nicht brauchen, ist eine ideologisierte Debatte, in der jeder mal die Wunschzettel aus seiner Mottenkiste rausholt, um sie als x-Punkte-Programm aufgepeppt in die Öffentlichkeit zu tragen. Das schadet und bringt keinen Fortschritt, sondern allenfalls schlechte Stimmung. So sind staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung vielfach gefordert und das verträgt sich nicht mit pauschalen Forderungen nach Steuer- und Abgabensenkungen für Unternehmen, wie manche Wirtschaftsverbände wieder verlauten ließen.

Ein letzter Punkt: Die Transformation in die digitale und dekarbonisierte Gesellschaft gelingt nur dann, wenn sie von den Unternehmen und den Beschäftigten mitgetragen wird. Dieser Kerngedanke der sozialen Marktwirtschaft taucht in den Leitlinien leider allenfalls sporadisch auf. Mir geht es da nicht um die Wiederholung von Glaubenssätzen. Nein, auch an dieser Stelle müssen wir uns die Frage stellen, wie sich

soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln muss, wenn die Balance zwischen Arbeit und Kapital auch in einer digitalen und globalen Ökonomie gewahrt werden soll.

Kurzum: Sollte das Papier Impulse für eine notwendige industriepolitische Debatte geben, dann ist dies sicher gelungen. Eines scheint mir sicher: Wir brauchen eine aktive Industriepolitik, um wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel so zu gestalten, dass nachhaltig Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden. In diesem Sinne freue ich mich auf die kommende Diskussion.